

## N i e d e r s c h r i f t

über die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom  
17.06.2015  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789  
Monheim am Rhein  
Beginn: 17:01 Uhr  
Ende: 18:13 Uhr

Anwesend:

### **Ausschussvorsitzender**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Ingo Elsner Vertretung für Herrn Holger Radenbach  
Frau Julia Häusler  
Herr Torsten Kinzel  
Frau Janne Koch  
Herr Tim Kögler  
Herr Michael Lück  
Frau Brinja Noth Vertretung für Herrn Andy Eggert  
Frau Lisa Pientak  
Herr Benedikt Reich  
Herr Lucas Risse ab 17:09 Uhr  
Frau Laura Töpfer

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Tim Brühland  
Herr Markus Gronauer  
Herr Michael Nagy

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alexander Schumacher Vertretung für Herrn Werner Goller

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell

### **DIE LINKE**

Frau Badi Özgültekin

### **FDP**

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

### **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Sonja Baumhauer

Frau Estelle Dageroth  
Frau Simone Feldmann  
Herr Martin Frömmer  
Herr Peter Heimann  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Herr Dietmar Marx  
Frau Sabine Noll  
Herr Thomas Waters

### **Schriftführerin**

Frau Anke Bitsch

### **es fehlen entschuldigt**

Herr Andy Eggert  
Herr Werner Goller  
Herr Holger Radenbach

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.05.2015 IX/0396
5. Einführung und Umsetzung des Grünflächenpflegekonzeptes IX/0323/1
6. Handlungskonzept zur Förderung des Fahrradverkehrs in Monheim am Rhein IX/0370
7. Gutachterverfahren Altstadtplätze - Auswertung und Variantenentscheidung IX/0378
8. Offene Ganztagschule (OGS) - Erweiterung im Schuljahr 2015/2016 IX/0386
9. Konzept Mo.Ki-Zentrum IX/0368
10. Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Kita Max und Moritz IX/0398
11. Einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Ver- IX/0377

einbarung über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung

- |       |  |         |
|-------|--|---------|
| 12.   | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015          | IX/0401 |
| 13.   | Mündliche Mitteilungen                     |         |
| 14.   | Mündliche Anfragen                         |         |
| 14.1. | Parkende Wohnmobile                        |         |
| 14.2. | Bank auf dem Waldfriedhof                  |         |
| 14.3. | Kreisverkehr Krischer-/Kirch-/Lindenstraße |         |
| 14.4. | Defibrillatoren                            |         |

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **Öffentliche Sitzung:**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**  
**Protokoll:**  
Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.
  
- 2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -**  
**Protokoll:**  
Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 07.05.2015 zur Kenntnis.
  
- 3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**  
**Protokoll:**  
Es erfolgen keine Wortmeldungen.
  
- 4 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.05.2015**  
**Vorlage: IX/0396**  
**Protokoll:**  
Der Ausführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.
  
- 5 Einführung und Umsetzung des Grünflächenpflegekonzeptes**  
**Vorlage: IX/0323/1**

**Protokoll:**

Der Bürgermeister weist auf die durch den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr beschlossene Änderung des Beschlussvorschlags und die daher aktualisierte Beschlussvorlage hin.

**Beschlussempfehlung**

Das durch das beiliegende Gutachten festgestellte Pflegedefizit soll grundhaft behoben werden.

Die Verwaltung wird beauftragt

- 1) schrittweise die Personalbesetzung der SBM-Grünabteilung bis 2017 unter Berücksichtigung der vorhandenen und erkennbaren zukünftigen Pflegeflächen um insgesamt 6 Vollzeitstellen für Gärtner aufzustocken. Der Stellenplan 2015 wird hierzu um eine Stelle nach EG 6 TVÖD erweitert. Die restlichen Stellen stehen unter dem Vorbehalt der durch den Rat zu beschließenden Stellenpläne.
- 2) die Vergabe von Grünflächenpflegeleistungen im Wert von rd. 200 T € jährlich an externe Unternehmen vorzunehmen.
- 3) Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, durch organisatorische und bauliche Maßnahmen an Grünflächen den Pflegeaufwand um vorerst 2.800 h (entspricht ca. 2 Vollzeitstellen) zu minimieren.

**einstimmig zugestimmt**

**6 Handlungskonzept zur Förderung des Fahrradverkehrs in Monheim am Rhein**

**Vorlage: IX/0370**

**Beschlussempfehlung**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt das Handlungskonzept zur Förderung des Radverkehrs in Monheim am Rhein als Gesamtkonzept zustimmend zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt

- auf Basis des vorgelegten Konzeptes die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS) in 2015 zu beantragen.
- aus dem Maßnahmenkatalog eine Projektliste für das Jahr 2016 vorzulegen und die Kosten dafür in die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2016 einzustellen.
- das Konzept kontinuierlich in den Folgejahren fortzuschreiben.

**mehrheitlich zugestimmt** (dagegen: 1 SPD, enthalten: 3 CDU)

**7 Gutachterverfahren Altstadtplätze  
- Auswertung und Variantenentscheidung**

**Vorlage: IX/0378**

**Protokoll:**

Die Sprecher der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen die getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags.

Der Bürgermeister stellt Ziffer 1 des Beschlussvorschlags zur Abstimmung:

### **Beschlussempfehlung**

1. Zur Fortführung der Planung am Alten Markt wird die Planergruppe Oberhausen anhand ihrer ausgearbeiteten Entwurfsvariante mit der Entwurfsplanung beauftragt.

**mehrheitlich zugestimmt** (dagegen: 3 CDU, 1 SPD, 1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

2. Zur Fortführung der Planungen am Kradepohl wird das Landschaftsarchitekturbüro Fischer auf Basis der ausgearbeiteten Entwurfsvarianten mit der Entwurfsplanung beauftragt.

**einstimmig zugestimmt**

## **8 Offene Ganztagschule (OGS) - Erweiterung im Schuljahr 2015/2016 Vorlage: IX/0386**

### **Protokoll:**

Die Sprecherin der FDP merkt an, dass sie die Vorlage so verstanden habe, dass die Einrichtung der zwei Gruppen zu Lasten der 13+ Betreuung führen werde. Aus diesem Grund könne dem Vorschlag der Verwaltung nicht gefolgt werden. Zum anderen sei die Bedarfsermittlung nicht nachvollziehbar. Es dürfe auch keine Bevormundung der Eltern dahingehend erfolgen, dass es keine Wahlmöglichkeit hinsichtlich des Abholzeitpunktes für die Kinder gebe. Viele Eltern würden das Mittagsangebot in Anspruch nehmen, aber den Nachmittag mit ihren Kindern gestalten und sie nicht zwingend bis 16:00 Uhr in der Betreuung lassen wollen.

In diesem Zusammenhang erwähnt die Sprecherin der FDP, dass ihr zu Ohren gekommen sei, dass geäußert worden sei, dass man gelegentlich den Eltern deutlich machen müsse, was besser für ihre Kinder sei. Dagegen verwehre sich die FDP. Im Übrigen vertrete sie auch nicht die Auffassung, dass es sich bei der Ganztagsbetreuung um qualifizierte pädagogische Betreuung handele, dies bei der 13+ Betreuung aber nicht der Fall wäre. Die Beschäftigten seien gleich gut ausgebildet und die Betreuung zu jeder Zeit qualifiziert.

Diese Diskussion sei bereits ausführlich im Jugendhilfeausschuss geführt worden, erläutert der Bürgermeister. Trotzdem müssten einige Punkte richtig gestellt werden. Die Qualifikation des erzieherischen Personals sei nie in Frage gestellt worden. Es seien bei der 13+ Betreuung die gleichen Personen tätig. Geäußert worden sei im Jugendhilfeausschuss, dass in der Zeit bis 13:30 Uhr keine Angebote für die Kinder gemacht werden könnten. Dies sei nur am Nachmittag unter anderem auch in Kooperation mit Sportvereinen, der Musik- oder Kunstschule möglich. Daraus abgeleitet habe er die Äußerung getätigt, dass am Nachmittag eine höhere Qualität stattfinde. Das habe aber nichts mit der Qualifikation der Fachkräfte zu tun.

Die Abholzeiten seien je Schulstandort unterschiedlich gestaltet. An manchen Schulen sei ein gebundenes Ganztagsangebot bis 16:00 Uhr zu finden, bei anderen Schulen bis 15:00 Uhr. Hier werde mit den Trägern zusammen eine Vereinheitlichung dahingehend angestrebt, dass stadtweit zwei Abholzeiten an allen Grundschulen zur Verfügung stehen, um 15:00 Uhr und um 16:00 Uhr. Hier könnten die Eltern individuell entscheiden, welche Abholzeit sie in Anspruch nehmen wollen.

Diese Diskussion sei jedoch nicht zu diesem Tagesordnungspunkt zu führen, erklärt der Bürgermeister, da es nun darum gehe, zwei zusätzliche Ganztagsgruppen einzurichten und dies nicht zu Lasten des 13+ Angebots gehe. Bislang sei kein Antrag auf eine Acht-bis-eins-Betreuung abgelehnt worden. Alle Kinder, die sich derzeit in dieser Betreuung befänden, könnten diese bis zum Ende ihrer Schulzeit in Anspruch nehmen. Alle frei werdenden Plätze würden auch durch neue Kinder besetzt, sofern eine entsprechende Nachfrage vorhanden sei. In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nach den Sommerferien werde die seitens der FDP angestoßene Diskussion aufgenommen, da es einen Antrag aus der Bürgerschaft gebe, der dann beraten werde.

Die Vorlage stehe in keinem Zusammenhang mit der Acht-bis-eins-Betreuung, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Daher werde seitens seiner Fraktion eine Zustimmung erfolgen. Wünschenswert sei eine Beratung des Bürgerantrages in der kommenden Ratssitzung, da das Schuljahr bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.09.2015 bereits begonnen habe. Jedoch sei zu bedenken, dass zu diesem Zeitpunkt die Bedarfsermittlung nicht abgeschlossen werden könne.

Auch der CDU-Fraktion sei zugetragen worden, dass manchen Eltern in Abrede gestellt worden sei, entscheiden zu können, was das Beste für ihr Kind sei.

In der Presse sei ein Artikel veröffentlicht worden, auf den hier Bezug genommen werde, so der Bürgermeister. Hierzu habe er bereits mit der Autorin Kontakt aufgenommen, da die Angaben nicht richtig seien. Er habe zu keiner Zeit geäußert, dass die Stadt Monheim am Rhein besser beurteilen könne, was gut für die Kinder sei, als die Eltern. Er vertrete lediglich die Auffassung, dass eine vorherige Abholung von einzelnen Kindern zu Lasten der übrigen Kinder gehe, die den Ganztags bis 15:00 oder 16:00 Uhr besuchen. Wenn für eine Ganztagsgruppe nach der Mittagsbetreuung ein Angebot organisiert werde und Eltern ihre Kinder zu unterschiedlichen Zeiten abholen, werde diese Gruppe immer kleiner. Die Organisation eines verlässlichen Angebots sei unter diesen Umständen kaum möglich. Daher seien Anmeldung und Abholzeit verbindlich zu regeln. Anders lautende Aussagen habe er nicht getroffen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion betont ebenfalls, dass sie selbst noch durch ein anderes Mitglied der PETO-Fraktion geäußert habe, besser beurteilen zu können, was für die Kinder das Beste sei. In einigen Gesprächen sei dies hingegen durch andere Eltern erwähnt worden. Selbst eine Zustimmung zu derlei Äußerungen sei seitens der PETO-Fraktion nicht erfolgt, da es nicht deren Meinung widerspiegele. Die 13+ Betreuung könne aufgrund der geringen Nachfrage nicht langfristig angeboten werden. Von derzeit 1.500 Grundschulern seien 65 für diese Betreuung angemeldet. An einem Schulstandort seien dies lediglich fünf Kinder.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass hier kein Bezug auf einen Presseartikel genommen worden sei. In persönlichen Gesprächen mit Mitgliedern der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU habe es Beschwerden von Eltern gegeben, die seitens eines Mitglieds der PETO-Fraktion darauf hingewiesen worden seien, dass die Beurteilung, was das Beste für die Kinder sei, nicht immer durch die Eltern qualifiziert erfolgen würde.

Der Sprecher der CDU-Fraktion ergänzt, dass sich viele Eltern bevormundet gefühlt hätten.

Der Bürgermeister betont nochmals, dass seinerseits die in Rede stehende Äußerung nicht getätigt worden sei. Es habe ein sachliches Gespräch mit ihm, weiteren Vertretern der PETO-Fraktion und fünf Elternteilen stattgefunden, die sich für flexible Abholzeiten einsetzen. In diesem Gespräch habe er geäußert, dass verbindliche Abholzeiten für eine verlässliche Angebotsplanung unabdingbar seien. Hieraus sei keine Bevormundung zu erkennen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion merkt an, dass, da keine konkreten Sachverhalte und Personen benannt wurden, der PETO-Fraktion die Möglichkeit genommen werde, den Sachverhalt richtig zu stellen.

Der Bürgermeister weist auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Schule und Sport hin, eine Bedarfsabfrage vor den Sommerferien durchzuführen. Dieser Antrag sei in beiden Ausschüssen mehrheitlich abgelehnt worden. Weiterhin merkt er an, dass die vorhandenen 65 Plätze die für die Acht-bis-eins-Betreuung zur Verfügung stehen auch im nächsten Schuljahr vorgehalten würden. Es gebe seines Wissens keinen Antrag für eine Mittagsbetreuung für das kommende Schuljahr, der abgelehnt worden sei.

#### **Beschlussempfehlung**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gruppen in der Offenen Ganztagschule (OGS) über die bisherige Planung hinaus um weitere 50 Plätze im Schuljahr 2015/2016 aufzustocken.  
Für das Haushaltsjahr 2015 werden unter dem Produkt 40.01 anteilig 79.500 € für den Ausbau des offenen Ganztages bereitgestellt. Dem stehen zusätzliche Einnahmen von 22.500 Euro entgegen.
2. Der zusätzliche Finanzbedarf ist im 1. Nachtragshaushalt für 2015 zu veranschlagen.

**einstimmig zugestimmt**

### **9 Konzept Mo.Ki-Zentrum Vorlage: IX/0368**

#### **Beschlussempfehlung**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt das als Anlage beigefügte Konzept für ein Mo.Ki-Zentrum zur Frühen Förderung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien in Monheim am Rhein.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung unter Berücksichtigung des unter Ziffer 1 angeführten Konzeptes die für eine zweckmäßige bauliche Umsetzung zu erwartenden Kosten zu ermitteln und sämtliche dafür notwendigen Vorplanungen zu veranlassen. Die dafür benötigten Mittel in Höhe von 100.000 € werden im Teilfinanzplan B zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 bereitgestellt.

**einstimmig zugestimmt**

### **10 Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Kita Max und Moritz Vorlage: IX/0398**

**Protokoll:**

Der Bürgermeister weist auf die nachgereichte Anlage zur Vorlage hin. Hierbei handele es sich um eine Anregung des Personalrats, die erzieherisch tätigen Beschäftigten höher einzugruppieren.

### **Beschlussempfehlung**

Für die pädagogische Arbeit im Mo.Ki-Familienzentrum Max und Moritz wird eine zusätzliche Stelle nach Entgeltgruppe S6 TVöD eingerichtet. Der Stellenplan 2015 wird entsprechend angepasst.

**einstimmig zugestimmt**

## **11 Einvernehmliche Beendigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung Vorlage: IX/0377**

### **Protokoll:**

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sei der Vorbehalt in Ziffer I. des Beschlussvorschlages gestrichen worden, so der Bürgermeister. Der Beschlussvorschlag laute demnach :

***„Die Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung mit dem Kreis Mettmann wird einvernehmlich bereits zum 30.09.2015 beendet.“***

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Angabe, ob die Arbeitsfähigkeit des örtlichen Rechnungsprüfungsamtes zum 01.10.2015 gesichert sei.

Das wird seitens der Verwaltung bejaht. Die Stelle des technischen Prüfers sei bereits ausgeschrieben, so dass am 01.10.2015 entsprechendes Personal zur Verfügung stehen werde.

Die vorgesehenen zwei Stellen für die Rechnungsprüfung seien nicht auskömmlich, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Daher beantrage seine Fraktion die Einrichtung einer dritten Stelle.

Es könne, sofern erforderlich, eine weitere Stelle eingerichtet werden, erklärt der Sprecher der PETO-Fraktion. Jedoch sollte dies dann erfolgen, wenn der Bedarf tatsächlich erkennbar sei und zunächst erscheine die Einrichtung von zwei Stellen ausreichend.

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass dieser Antrag bereits abgestimmt worden sei. Da keine neuen Fakten vorgetragen worden seien, könne keine erneute Abstimmung erfolgen.

Der Bürgermeister bestätigt die Aussage. Die entsprechende Abstimmung sei zuletzt in der Sitzung des Rates am 11.03.2015 erfolgt.

### **Beschlussempfehlung**

- I. Die Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung mit dem Kreis Mettmann wird einvernehmlich bereits zum 30.09.2015 beendet.“.
- II. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann abzuschließen.



**einstimmig zugestimmt** (enthalten: 1 FDP)

**12 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015**

**Vorlage: IX/0401**

**Protokoll:**

**Beschlussempfehlung**

1. Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2015 vom 29.01.2015 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

2. Die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2015 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Nachtragshaushaltssatzung 2015 wird Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

**13 Mündliche Mitteilungen**

**Protokoll:**

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen der Verwaltung.

**14 Mündliche Anfragen**

**14.1 Parkende Wohnmobile**

**Protokoll:**

Ratsfrau Prondzinsky-Kohlmetz weist auf eine Anfrage aus der Bürgerschaft hin, die an den Bereich Ordnung und Soziales gerichtet und noch nicht beantwortet worden sei. Es sei um Auskunft gebeten worden, ob es erlaubt sei, dass Wohnmobile im öffentlichen Parkraum abgestellt werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass nach den straßenverkehrsrechtlichen Regelungen auch Wohnmobile bis zu 2 Wochen auf öffentlichen Parkplätzen abgestellt werden dürften und sichert eine Beantwortung der Frage durch den Bereich zu.

**14.2 Bank auf dem Waldfriedhof**

**Protokoll:**

Seitens des Bürgermeisters sei Frau Gisela Gödeke zugesichert worden, dass auf dem Waldfriedhof eine Bank an den Urnengräbern errichtet würde, erläutert

Ratsfrau Prondzisky-Kohlmetz.

Der Bürgermeister erwidert, dass es seinerseits keine Zusage zur Errichtung der Bank gegeben habe. Er habe in dem Gespräch mit Frau Gödeke zugesichert, dass diese Angelegenheit geprüft werde und den fachlich zuständigen Bereich informiert. Er bittet darum, die Kontaktdaten zur Verfügung zu stellen, um sich mit Frau Gödeke in Verbindung setzen zu können.

#### **14.3 Kreisverkehr Krischer-/Kirch-/Lindenstraße**

**Protokoll:**

Ratsherr Schumacher weist darauf hin, dass die am Kreisverkehr Krischer-/Kirch-/Lindenstraße angebrachten Markierungen bereits abgefahren und unkenntlich seien.

Das stehe im Zusammenhang mit der Oberflächenbeschaffenheit der Asphaltdeckschicht, so der Bürgermeister. Die erste Markierung werde relativ schnell abgetragen, da sich die Asphaltdeckenschicht noch verändere. Es werde aber eine neue Markierung aufgetragen.

#### **14.4 Defibrillatoren**

**Protokoll:**

Ratsherr Schumacher bittet um Angabe, wann die geplante Anschaffung der Defibrillatoren erfolgen werde.

Die Verwaltung erklärt, dass die Defibrillatoren in der letzten Woche geliefert worden und in Kürze an die einzelnen Standorte verteilt würden.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Anke Bitsch  
Schriftführerin